

Zwei zusammenhängende Themen:

1. ArbeitsmigrantInnen auf Plantagen in Europa – moderne Sklaverei
2. Asylpolitik in Europa – Festung Europa

Aus Archipel Feb. 2024

Beharrlicher Einsatz  
für Arbeitsmigrant·innen

Wenn wir von unserer Gewerkschaft SOC/SAT-Almeria im südspanischen Andalusien aus einen Rückblick und eine Bilanz auf das vergangene Jahr schreiben sollen, würden wir gerne einfach ein leeres Blatt abgeben. Doch auch im Jahr 2023 waren wir mit der massiven Ausbeutung migrantischer Arbeiter·innen konfrontiert. Dementsprechend intensiv war unsere Arbeit für deren Verteidigung.

Der Fall von Siri ist ein Beispiel für die zahlreichen Missbräuche, welche Migrant·innen erleiden müssen, die an der andalusischen Küste ankommen: Siri aus dem Senegal, ein ehemaliger Fischer, der sich – wie viele seiner Kollegen – gezwungen sah, seine Heimat zu verlassen, weil er Opfer der verheerenden industriellen Fischerei geworden war. Bei seinem Arbeitgeber im Plastikmeer von Almeria musste er für lediglich 900 Euro pro Monat 12 bis 13 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche, durcharbeiten – und dies seit drei Jahren ohne jeglichen Vertrag wie ein Sklave. Zum «Mädchen für alles» gemacht, arbeitete Siri abwechselnd in den Gemüsegewächshäusern, als Schäfer und als Putzmann. Sein Chef, ein Gemüseproduzent und Viehzüchter, war selbst mit der äusserst schäbigen Bezahlung mehrere Monate im Rückstand. Als wir von der ganzen Sache erfuhren, setzten wir uns beharrlich für die Rechte von Siri ein: Nach einer Anzeige bei der Arbeitsaufsichtsbehörde und einem Schlichtungsgespräch zwischen dem Arbeitgeber und der Behörde bekam Siri die ausstehenden Entschädigungen und das Arbeitsverhältnis zwischen ihm und seinem Arbeitgeber wurde offiziell anerkannt. Eine wichtige Voraussetzung war erfüllt, damit Siri früher oder später eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten kann.

«Wesentlich», doch ungeschützt

Siri gehört zu den billigen Arbeitskräften, die zwar während der Covid19-Pandemie als «wesentlich» eingestuft wurden, aber dennoch in prekären Verhältnissen leben und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesundheitlich, weil sie auch immer wieder Opfer von Arbeitsunfällen werden. Dies ist ein Thema, das öffentlich kaum angesprochen wird, aber uns zunehmend Sorgen bereitet. Bereits Ende 2022, als ein Arbeiter in einer Recyclinganlage für landwirtschaftlichen Plastikmüll von einer Kompressionsmaschine tödlich verletzt wurde, prangerten wir die fehlende Ausbildung für die Sicherheit am Arbeitsplatz und den laxen Umgang der Arbeitgeber mit dieser Frage an. Verletzte Arme oder Beine und ungeschützter Kontakt mit chemischen Mitteln in den Gewächshäusern gehören zum Alltag der ausgebeuteten Migrant·innen. Oft werden kranke oder verletzte Arbeiter·innen von ihren Chefs einfach vor den Toren eines Spitals «ausgesetzt».

Viele billige Arbeitskräfte wie Siri versuchen, bessere Zeiten zu finden und der Prekarität zu entkommen, indem sie in die Baubranche gehen. Doch dies kann sich schnell als Irrtum herausstellen. Auch hier sind wir oft mit traurigen Arbeitsbedingungen konfrontiert und haben mehrere Klagen wegen diversen Missbräuchen gegen Arbeitgeber eingereicht.

Soziale Agrar-Riesen?

Das Jahr 2023 war der Beginn eines langen Tauziehens zwischen unserer Gewerkschaft und dem Salat-Riesen Primaflor/Mimaflor. Das Unternehmen ist ein grosser Empfänger von Fördergeldern der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) und ein enormer Wasserverbraucher. Während sich der Konzern auf seiner Webseite mit einer sogenannten «Corporate Social Responsibility» (CSR) brüstet und mit den Labels Global Gap und Grasp für soziale Nachhaltigkeit ausgezeichnet wurde, sieht die Realität weitaus weniger rosig aus. Die Praktiken der Firma sind alles andere als sozial gegenüber ihren Angestellten. Nachdem wir einen sehr kritischen Bericht darüber veröffentlicht hatten, besuchte die Arbeitsaufsichtsbehörde den Betrieb. Die Inspektor·innen kamen zu Schlussfolgerungen, die unseren Bericht bestätigten. Sie kritisierten, dass es keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub gibt und auch keinen Stundenplan, d. h. die Beschäftigten können zu Überstunden gezwungen oder je nach den Bedürfnissen des Unternehmens angefordert werden, ohne dafür eine Bezahlung zu erhalten. Die Pausenbereiche und Kantinen reichen nicht aus, um den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden, und als ob das noch nicht genug wäre, praktiziert der Konzern Repressionen und Einschüchterungen gegenüber Gewerkschaftsvertreter·innen. Vor kurzem wurde eine SOC-SAT-Vertreterin missbräuchlich entlassen, weil sie den Fehler begangen hatte, ihre Rechte

einzufordern. Ein Gerichtsverfahren, um die Nichtigkeit dieser Entlassung zu erreichen, wird in Kürze stattfinden.

Die gleiche Auseinandersetzung gibt es mit dem anderen Agrar-Riesen Agrupapulpi, dessen Kapital von Solum Partners gehalten wird, einem amerikanischen Investmentfonds, der sich auf die Übernahme von Unternehmen im Agrarsektor spezialisiert hat. Die 1500 Beschäftigten (Produktion und Verkauf) sehen sich mit verschiedenen Missständen konfrontiert, wie z. B. unbezahlte Überstunden, nicht eingehaltene Pausen und kein vorgesehener bezahlter Urlaub.

Insbesondere in den Gewächshäusern und auf den Plantagen existieren nur unzureichende sanitäre Installationen oder sie fehlen ganz. Ein anderes Problem ist die extreme Hitze im Sommer. Es gibt keine Schatten spendenden oder klimatisierten Einrichtungen, welche die Beschäftigten z.B. während der Einnahme ihres Mittagessens schützen könnten, und keine Zeitpläne, die den Normen zur Vermeidung von Berufsrisiken in Verbindung mit der Hitze entsprechen würden. In den Verkaufsläden sind die Mitarbeiter-innen gezwungen, mehr Stunden zu arbeiten, als in ihren Verträgen festgelegt ist. Ausserdem operiert der Konzern mit temporären Verträgen, die Missbräuchen Tür und Tor öffnen.

Fragwürdiges Business mit Labels

So genannte ethische und naturfreundliche Labels häufen sich für die Unternehmen in der Region. Was sich hinter diesen Qualitätssiegeln verbirgt, steht jedoch oft im Gegensatz zu deren Kriterien. Hier nur eine Auswahl: Mehr als 30 ungerechtfertigte Entlassungen im Juni 2023 bei Natur Place SL (zur Biosol-Gruppe gehörend, CAAE-zertifiziert, Global Grasp), die dank unserer Aktionen in extremis zurückgenommen wurden. Die ECOSUR-Gruppe, die mit den renommiertesten Labels wie Naturland, European Green Leaf, Global Gap und Grasp ausgezeichnet ist, garantierte ihren Angestellten nicht die 40-Stunden-Woche (wie in ihren Arbeitsverträgen vereinbart). ECOSUR liess die Arbeiter-innen willkürlich arbeiten und hütete sich davor, ihnen auch nur ihre 20-minütige Pause zu gewähren. Nach zahlreichen Verhandlungen werden jetzt endlich die Normen eingehalten. Das Arbeitszentrum des Betriebes verfügt nun sogar über einen Bus, um die Angestellten nach der Arbeit so nah wie möglich an ihren Wohnort zu bringen und am nächsten Tag wieder abzuholen. (Tochterunternehmen des Bio-Tomatengiganten Bio Sabor) oder bei El Ciruelo (spanischer Riese für Nussfrüchte). Eine grosse Genugtuung für uns war im Herbst letzten Jahres die Entscheidung des Arbeitsgerichts, das Unternehmen Campo del Levante zu zwingen, die 18 Arbeiter-innen, die der Betrieb hinausgeworfen hatte, wieder einzustellen und zu entschädigen, nachdem das Gericht deren Entlassung für ungültig erklärt hatte. Die Beschäftigten waren also missbräuchlich entlassen worden, nachdem sie ihre Rechte eingefordert hatten. Das Unternehmen hatte nämlich nicht nur zahlreiche Punkte des Tarifvertrages und des Arbeitsrechts nicht eingehalten, sondern auch systematisch Zeitverträge missbraucht.

Unsere Aufgaben waren und sind hier aber nicht zu Ende. Wir protestierten im Januar 2023 gegen die Räumung des Elendsviertels Walili in Nijar und dessen Abriss inmitten eines Grossbrandes, wobei über 450 Migrant-innen ohne alternative Unterkünfte auf der Strasse gelassen wurden. Wir führten Demonstrationen gegen Stromausfälle im Arbeiterviertel El Puche in Almeria durch, wo Kinder kein Licht mehr zum Lernen hatten, Kranke ohne Atemhilfe blieben und wo sich die Familien in ihren Wohnungen nicht mehr mit ihren behelfsmässigen Ventilatoren von der erstickenden Hitze befreien konnten. Auch in diesem neuen Jahr werden wir uns wieder für die Ausgebeuteten und Ausgegrenzten einsetzen und hoffen dabei, ab und zu einen kleinen Erfolg feiern können.

Joanna Moreno, SOC/SAT-Almeria

Medienberichte zum Thema:

Im spanischen Fernsehen (RTVE): «Historia bajo los plasticos en la huerta de Europa»:  
[www.rtve.es/play/videos/en-portada/bajo-plastico/6910773](http://www.rtve.es/play/videos/en-portada/bajo-plastico/6910773)

Im deutschen Fernsehen ARD:  
[www.tagesschau.de/wirtschaft/lieferketten-tomaten-spanien-arbeitsbedingungen-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/lieferketten-tomaten-spanien-arbeitsbedingungen-101.html)

Aufruf zum Boykott

Im Namen der Ernährungssicherheit zukünftiger Generationen können wir kein Obst und Gemüse tolerieren, das die Verschlechterung der Lebensbedingungen, die Missachtung von Grundrechten, die Aushöhlung der Ernährungssouveränität und die Verwüstung des Planeten bedeutet.

Die multinationalen Grossverteiler und Agrarkonzerne, die bis heute keine glaubhafte Rechtfertigung für die irrsinnige Steigerung der Preise parat haben, welche die Grundnahrungsmittel für Normalverbraucher·innen betrifft, fahren fort, ihre Umsätze auf unanständige Weise zu steigern. Während billige migrantische Arbeitskräfte in der industriellen Landwirtschaft in Spanien und Italien für 4 bis 5 Euro pro Stunde Gemüse und Obst pflücken, das unter Labels verkauft wird, die angeblich ethische Kriterien garantieren, sind die Preise für Obst und Gemüse z.B. in Frankreich um mehr als 16 Prozent angestiegen. Während Tausende von Familien es sich wegen horrender Preise nicht mehr leisten können, ihren Kindern Erdbeeren, Tomaten oder grünes Gemüse zu kaufen, steht dieses Obst und Gemüse für illegale Wasserentnahme, verstärkte Wüstenbildung, die Zerstörung von Ökosystemen und die Verstärkung der globalen Erwärmung. Es handelt sich um Obst und Gemüse aus einer unvernünftigen industriellen Landwirtschaft, die nach Erdöl stinkt und deren Rückstände im Ozean landen. Der Marktwert steigt, während der Nährwert immer weiter sinkt.

Angesichts eines Produktionssystems, in dem die Ernährungssicherheit für viele Menschen nicht mehr gewährleistet ist. Angesichts eines kriminellen Produktionssystems, das den Menschen und die Erde in Profitmaschinen verwandelt hat, mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln spekuliert und unseren Kindern das Brot wegnimmt. Angesichts eines Produktionssystems, das Ungleichheiten schafft und wo Waren nur für einige Wenige zugänglich sind, ist es unsere Pflicht, BASTA zu rufen! GENUG!

Wir dürfen ein Produktionssystem, das grundlegende Rechte verletzt und verweigert, nicht unterstützen!

**BOYKOTT AUF OBST UND GEMÜSE**, die das Arbeitsrecht missachten!

Die das Wohlbefinden und die Unversehrtheit des Menschen nicht garantieren!

Die keine menschenwürdigen Wohnverhältnisse und keinen existenzsichernden Lohn garantieren und die unseren Planeten nicht respektieren! BASTA! GENUG!

Aufruf zur Solidarität!

Auch in Südfrankreich ist die Ausbeutung von ausländischen Arbeiter·innen in der Landwirtschaft an der Tagesordnung. Eine Gruppe von 17 Arbeiterinnen und Arbeitern kämpft derzeit gegen ihren Arbeitgeber, die SAS De Rigoy, die biologisches Obst und Gemüse produziert.

Diese marokkanischen Arbeiter·innen wurden in Malemort du Comtat (Departement Vaucluse) mit einem OFII1 -Vertrag eingestellt, also legal, aber ohne Lohnabrechnung, ohne einen einzigen Ruhetag und ohne jemals entlohnt zu werden. Sie wurden mit Lügen und falschen Versprechungen angelockt und mussten sich ihren Vertrag erkaufen. So wurden sie zu Opfern von Korruption und rücksichtsloser Ausbeutung.

«Für einige ist es das dritte Jahr, in dem uns der Chef unter den gleichen Bedingungen ausbeutet: kein Lohn ausser 20 € hier oder 50 € dort in bar, kein Ruhetag während der Saison und Verträge, für die wir in Marokko zwischen 10.000 und 12.000 € bezahlt haben, um mehrere Jahre hier arbeiten zu können», erzählt Boojma. «Es gibt 17 Menschen hier, die kämpfen, aber es gibt vor allem 17 leidende Familien in Marokko», fügt Driss besorgt hinzu. Da ihnen der Lohn vorenthalten wurde, konnten sie seit ihrer Abreise aus Marokko ihre Familien in der Heimat nicht mehr unterstützen. Einige der Arbeiter·innen haben sich verschuldet, um kommen zu können, andere haben ihren dortigen Beruf aufgegeben, um hier ein besseres Leben zu finden. Heute sind sie in diesem Ausbeutungssystem gefangen.

«Wir haben im Juli 2023 die Arbeitsaufsichtsbehörde eingeschaltet und 17 Beschwerden bei der Gendarmerie und dem Arbeitsgericht eingereicht. Mitte Januar im neuen Jahr warten wir immer noch...».

Die Arbeiter·innen haben beschlossen, ihre Unterkunft auf dem Betrieb und Frankreich nicht zu verlassen, bis sie ihre Rechte bekommen haben. Sie bereiten sich darauf vor, den Winter in einem baufälligen Haus zu verbringen, in dem der Chef das Wasser und den Strom abgestellt hat, zusammengedrängt ohne Heizung auf Matratzen auf dem Boden. Sie haben den riesigen Mut, diese moderne Sklaverei anzuprangern, und halten seit Monaten durch. Sie brauchen unsere Solidarität und unsere Unterstützung! Ein Crowdfunding, das in den kommenden Tagen ausläuft, wurde lanciert unter [www.papayoux-solidarite.com/fr/collecte/soutiens-a-](http://www.papayoux-solidarite.com/fr/collecte/soutiens-a-)

18-travailleurs-agricole-marocains-exploites-84. Wenn es die Situation erfordern sollte, wird eine neue Geldsammlung gestartet.

Driss, Boojma, Mastapha, Khalid, Mohsin, Ali, Othman, Mohamed, Mohsin, Abd, Rachid, Blkasm, Driss, Ismail, Abd, Rafik, Charafe und ihre Familien bedanken sich für jede Hilfe.

1. OFFI: Office français de l'immigration et de l'intégration (Französisches Amt für Einwanderung und Integration)

## EUROPA/ASYLPOLITIK

Schulterschluss  
für das Unmenschliche

Die Europäische Asylgesetzgebung wird sich massgeblich verschlimmern. Sie entfernt sich immer mehr von der Genfer Flüchtlingskonvention. Das Europäische Parlament bestätigte im Grossen und Ganzen die neuen unmenschlichen Verordnungen des Europarats für das «Gemeinsame Europäische Asylsystem».

«Today is truly a historic day», es sei ein wahrhaft historischer Tag, sagte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, zur Eröffnung der Pressekonferenz nach dem Abschluss der Trilog-Verhandlungen am Morgen des 20. Dezember 2023. Neben ihr standen die drei Berichterstatter·innen des Parlaments für die drei zentralen Verordnungen des Migrations- und Asylpakets. In den Tagen und Nächten zuvor wurde für diese Rechtsakte eine Kompromisslinie zwischen Kommission, Parlament und dem Rat als Vertreter der Mitgliedstaaten ausgehandelt – und damit die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) als Ganzes besiegelt. Die Berichterstatter·innen waren sichtlich gezeichnet von dem Verhandlungsmarathon und hoben immer wieder hervor, dass die Einigung einen «grossen politischen Erfolg» darstelle. Doch noch während sie sprachen, wurden die ersten Inhalte und Analysen des Kompromisses veröffentlicht. Schnell wurde klar: Der Rat hatte sich in nahezu allen Fragen durchgesetzt, das Parlament konnte – trotz der Länge der Verhandlungen – nur minimale Verbesserungen durchsetzen. Die im Sommer 2023 noch von vielen, auch von Teilen der deutschen Ampelkoalition, geäusserte Hoffnung, das Europäische Parlament würde die schlimmsten Härten der Position des Rates noch abmildern können, stellte sich als Trugschluss heraus. Das hätte man schon vorher ahnen können: Bereits im Statusbericht der spanischen Ratspräsidentschaft Anfang Dezember wurde, etwas triumphierend im Ton, erklärt, dass sich die Ratsposition durchsetzen würde. Doch erst jetzt wird klar, wie weitgehend der Durchmarsch des Rates gegenüber dem Parlament tatsächlich war. An dieser Stelle kann nicht allzu detailliert und umfassend auf die Feinheiten des Kompromisses eingegangen werden. Zum einen wird diese Diskussion schnell höchst technisch. Zum anderen muss hervorgehoben werden, dass erneut – dies war auch im Juni 2023 beim Kompromiss des Rates schon der Fall – nur eine politische Einigung erzielt wurde. Der tatsächliche Wortlaut der Gesetze, wie sie nun beschlossen werden sollen und der für die tatsächliche Umsetzung ausschlaggebend sein wird, wird erst in den kommenden Wochen ausgearbeitet. Dies bietet Raum für weitere Verschlimmerungen und untergräbt gleichzeitig den demokratischen Prozess.

Grenzverfahren mit Logikfehler

Ein einschneidender Punkt der GEAS-Reform wird, wie schon lange diskutiert, die Einführung der Grenzverfahren sein. Diese sind verpflichtend durchzuführen. Zu diesem Zweck sollen grenznahe Einrichtungen aufgebaut werden, in denen gleichzeitig bis zu 30.000 Menschen festgehalten werden können. In den nächsten Jahren soll ihre Kapazität auf 120.000 Personen anwachsen. Von den Grenzverfahren werden vor allem Personen betroffen sein, deren Nationalität eine Gesamtanerkennungsquote von unter 20 Prozent in der EU hat. Hier handelt es sich um einen entlarvenden Logikfehler. Wenn in einem Staat ‚nur‘ ein Zehntel der Bevölkerung verfolgt wird, müsste ein wirksames Asylsystem, das auf den Schutz des Individuums ausgelegt ist, den Einzelfall umso genauer prüfen. Stattdessen wird mit der statistischen Fiktion gearbeitet, dass eine niedrige Anerkennungsquote gleichbedeutend mit einer niedrigen Anerkennungs-wahrscheinlichkeit im Einzelfall wäre. Das ist schon mathematisch falsch. Es zeigt aber vor allem, wie weit sich die Logik des GEAS von der der Genfer Flüchtlingskonvention entfernt hat. Es geht

nicht mehr um den Schutz des Individuums vor Verfolgung, sondern um eine bloße Verwaltung von Massenflucht, in der die Person nur noch statistisches Element einer unerwünschten Bevölkerung ist. Das Grenzverfahren wird auch für Personen verpflichtend, die durch einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist sind. Unstrittig scheint, dass die Grenzverfahren unter Bedingungen von Inhaftierung und abgesenktem Rechtsschutz stattfinden werden. Das Parlament konnte lediglich durchsetzen, dass es kostenlose Rechtsberatung (nicht: Rechtsbeistand) geben wird. Keine Ausnahmen wird es aber bei der Inhaftierung von Kindern geben, lediglich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen ausgenommen werden.

#### Kein Ende der Pushbacks

Auch in einem zweiten wichtigen Punkt konnte sich das Parlament nicht durchsetzen. Es hatte einen robusten Monitoring-Mechanismus zur unabhängigen Überprüfung für die Screening-Verordnung gefordert. Das Screening besteht aus: Feststellung der Identität, Gesundheits- und Sicherheitskontrollen, Abnahme von Fingerabdrücken und Erfassung in der Eurodac-Datenbank. Diese Verordnung regelt den Erstkontakt zwischen schutzsuchender Person und EU-Mitgliedstaat, zum Beispiel wenn eine Person nach einem unautorisierten Grenzübertritt aufgegriffen wird. In Zukunft soll innerhalb von sieben Tagen entschieden werden, ob die Person direkt zurückgeschoben, ins Grenzverfahren oder ins reguläre Asylverfahren überstellt wird. Das Screening findet unter der Fiktion der Nicht-Einreise statt. Trotz de facto Anwesenheit auf dem Territorium wird de jure davon ausgegangen, dass eine Einreise noch nicht stattgefunden hat. Personen im Screening können sich daher auf noch weniger Verfahrensgarantien verlassen.

Erwiesenermassen kommt es beim Erstkontakt zwischen Grenzschutz und Geflüchteten oftmals zu Pushbacks, also illegalen Zurückschiebungen über die Grenze. Der abgespeckte Monitoring-Mechanismus soll nun nicht an der Grenze, sondern nur in den Screening-Einrichtungen wirksam werden. Er setzt also zu spät an, um wirksam Pushbacks in der EU verhindern zu können.

Positiv ist lediglich festzuhalten, dass das sogenannte Verbindungselement bei Abschiebungen in Drittstaaten gestärkt worden ist. Beispielsweise soll es nach einer Ablehnung im Grenzverfahren möglich sein, abgelehnte Schutzsuchende in einen sicheren Drittstaat abzuschicken. Es muss nun aber ein Bezug der Person zu diesem Drittstaat bestehen, eine reine Durchreise reicht nicht mehr aus und auch eine ‚freiwillige‘ Zustimmung kann keine Grundlage mehr darstellen. Dies bedeutet, dass das sogenannte Ruanda-Modell, welches schon in Grossbritannien als rechtswidrig eingestuft wurde, auch in der EU zukünftig unvereinbar mit Unionsrecht sein wird. Es ist zu hoffen, dass dies die unwürdige Debatte dazu in Deutschland nun schnell beendet.

#### Krise, Force Majeure, Instrumentalisierung

Diese drei Aspekte beziehen sich auf den Normalfall des GEAS. Teil der Reform ist aber auch eine Krisenverordnung, die in Fällen von «Krise» (massenhafte Ankunft), «Force Majeure» (höhere Gewalt) und «Instrumentalisierung» (Unterstützung von Fluchtmigration durch Staaten oder «hostile non-state actors» auf Grund eines politischen Kalküls) eine weitere Absenkung der Standards erlaubt. Damit ist einer Aushebelung der ohnehin schon niedrigen Verfahrensgarantien für Schutzsuchende Tür und Tor geöffnet. Zwar muss ein solcher Fall vom Rat beschlossen werden (das Parlament ist hier aussen vor), angesichts der politischen Stimmung im Rat ist jedoch davon auszugehen, dass solche Beschlüsse regelmässig ergehen werden, sobald Mitgliedstaaten diese beantragen.

Der Reform muss attestiert werden, dass sie die ursprüngliche Vision des GEAS, einen gemeinsamen und homogenen «Raum des Schutzes» zu begründen, zu Grabe getragen hat. Trotz der Tatsache, dass es sich um eine europäische Gesetzgebung handelt und dass europäische Institutionen eine stärkere Rolle haben werden: Der Geist der neuen Verordnungen ist es nicht mehr, staatliches Handeln im Sinne eines wirksamen Systems des Flüchtlingsschutzes anzuleiten und im Konfliktfall zu begrenzen. Vielmehr ist es den Mitgliedstaaten regelmässig freigestellt, auch schärfere Massnahmen – zum Beispiel die Ausweitung der Grenzverfahren auf alle Schutzsuchende – zu ergreifen.

#### Keine europäische Solidarität

Dies führt zum letzten Punkt. Auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wird: Die Ungleichverteilung von Verantwortung für den Flüchtlingsschutz, die das Dublin-System begründet hat und die den Grund für dessen Scheitern darstellt, wird nicht reformiert. Gleichzeitig wurde auch kein wirksamer Solidaritätsmechanismus innerhalb der EU beschlossen. Durch die Wiederkehr des umstrittenen Konzepts der «flexiblen Solidarität» ist es Mitgliedstaaten nun freigestellt, in welcher Form sie Verantwortung im GEAS übernehmen. Eine zwingende Aufnahme von anerkannten Schutzsuchenden gibt es nicht mehr, stattdessen darf auch in einen Fonds für Grenzsicherungsmassnahmen eingezahlt werden. Auch dies konterkariert die Idee eines gemeinsamen europäischen Systems.

Es ist daher mehr als fraglich, ob es grundlegende Anreize für die grenznahen Mitgliedstaaten der EU gibt, sich am neuen System zu beteiligen. Immerhin wird von diesen nun die Errichtung und der Betrieb massiver, grenznaher Inhaftierungslager verlangt. Im Gegenzug können sie aber kaum auf Unterstützung jenseits finanzieller Förderung hoffen. Ein mögliches Szenario wäre daher, dass ihre Politik, die Menschen nach Norden durchzuwinken (was die Krise des GEAS auslöste) fortgesetzt wird. Ein anderes mögliches Szenario ist, dass ein Mitgliedstaat grundsätzlich auf Grenzverfahren und die Inhaftierung aller Schutzsuchenden setzt. Eine dritte Möglichkeit wäre, dass ein grenznaher Mitgliedstaat wiederholt den Krisenfall ausruft, um so die Regeln des GEAS ausser Kraft zu setzen. Eine ähnliche Dynamik lässt sich schon seit vielen Jahren im Schengen-System beobachten, in dem Staaten die Ausnahme – temporäre Binnengrenzkontrollen – längst zur permanenten Regel gemacht haben.

Die Demokratie steht auf dem Spiel

Mit der unter hohem Druck zu Stande gekommenen Einigung auf die Reform des GEAS haben die EU, ihre Mitgliedstaaten, aber auch die im Parlament vertretenen Parteien eine überaus gefährliche Wette auf die Zukunft geschlossen. Sie hoffen, dass die schiere Gewalt der Grenze die Ankunft von Schutzsuchenden in Europa verhindern kann. Sie sind bereit, einen horrenden menschlichen Preis dafür zu bezahlen, genauer: von Schutzsuchenden und den Schwächsten bezahlen zu lassen. Doch was passiert, wenn sich die Massnahmen als unwirksam herausstellen oder ihre Konsequenzen – die Vervielfachung des Leidens an den Aussengrenzen – demonstrieren, in welchem Masse die EU bereit ist, ihre eigenen Werte zu verraten? Dann wird erst recht die Stunde des Autoritarismus, des Rassismus und des Faschismus im Gewand der neuen rechten Bewegungen in Europa schlagen. Dann werden Demokratie und Rechtsstaat in Europa erst recht auf dem Spiel stehen. Die Anfänge dessen können wir schon heute beobachten: Die Regierungen Sunak in Grossbritannien und Macron in Frankreich könnten stürzen, weil sie unter dem Druck von rechts Migrationspolitik, Grund- und Menschenrechte und Demokratie nicht mehr versöhnen können. Der Streit um die Migration ist in Wahrheit ein Kampf um die Zukunft der Demokratie.

Bernd Kasperek\*

\*Bernd Kasperek setzt sich seit rund 20 Jahren forschend und aktivistisch mit dem europäischen Grenz- und Migrationsregime auseinander. Aktuell arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt «Transforming Solidarities - Praktiken und Infrastrukturen in der Migrationsgesellschaft» am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Dieser Artikel wurde am 21. Dezember 2023 im newsletter von medico international veröffentlicht und uns freundlicherweise vom Autor zu Verfügung gestellt.

Kirchenasyl heute – Konferenz mit Workshop

Für Geflüchtete, die von der Abschiebung bedroht sind, ist das Kirchenasyl oft die letzte Chance. Ohne den Rechtsstaat in Frage zu stellen, berufen sich kirchlich engagierte Menschen auf ein uraltes Recht der Kirche, das helfen soll, unnötiges menschliches Leid zu verhindern. Eine Tagung in der Schweiz setzt sich mit der Frage der heutigen Bedeutung und möglichen Umsetzung von Kirchenasyl auseinander. In der Schweizer Ausgabe dieses Archipels finden Sie als Beilage den Einladungsflyer für diese Veranstaltung. Vielen Dank für Ihr Interesse!

FRANKREICH/MIGRATION

Neues

Rausländergesetz

Im französischen Parlament, wurde am 19. Dezember 2023 zusammen mit den Stimmen des neofaschistischen Rassemblement national (RN) das sehr umstrittene Neue Einwanderungsgesetz verabschiedet.

In Kraft treten konnte es noch nicht, denn zuvor muss noch der Conseil Constitutionnel, d.h. das französische Verfassungsgericht sein grünes Licht dafür geben. Am 14. Januar gab es in ganz Frankreich Demonstrationen gegen das rassistische Gesetz.

#### Marsch der Solidarität

«Das Asyl- und Einwanderungsgesetz markiert einen Wendepunkt, den unsere Kollektive, Verbände, Gewerkschaften und Organisationen nicht akzeptieren können. Es greift viele Ideen der extremen Rechten auf, wie z.B. die Nationalpräferenz, und wird schreckliche Auswirkungen auf das Leben von Hunderttausenden von ausländischen Einwohner·innen auf französischem Boden haben. Es handelt sich um das rückschrittlichste Gesetz seit 40 Jahren.

Dieses rassistische und fremdenfeindliche Gesetz schränkt das Recht auf Aufenthalt ein, verschärft die Repression erheblich, greift das Asylrecht, das Bodenrecht, kranke Ausländer·innen, nichteuropäische Studierende und die Familienzusammenführung an. Der Angriff auf die Notunterkünfte und die Verschärfung des Zugangs zu Sozialleistungen wie Kindergeld und Wohngeld werden Familien, insbesondere Migrantinnen, auf die Strasse setzen oder in die Arme von Schlafhändlern<sup>1</sup> treiben.

Dieses Gesetz wird Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schülerinnen und Schüler, Studierende mit oder ohne Papiere weiter prekarisieren. Die Willkür der Präfekturen wird weiter verstärkt, Zurückweisungen an den Grenzen, systematische Ausstellung von OQTF (obligations de quitter le territoire français = Verpflichtung, das französische Hoheitsgebiet zu verlassen) und IRTF (interdiction de retour sur le territoire français = Verbot der Rückkehr in das französische Hoheitsgebiet) und Verlängerung ihrer Dauer, insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dieses Gesetz greift die bürgerlichen Freiheiten an, missachtet Grundrechte wie das Asylrecht, führt die Doppelbestrafung<sup>2</sup> wieder ein und ist eine Schande für Frankreich, das vorgibt, die Werte der Gleichheit aller Menschen zu verteidigen. Wir fordern daher die Rücknahme dieses Gesetzes.

Wir rufen auf:

- ° Alle Kämpfe für die Regularisierung der Sans-Papiers zu unterstützen, insbesondere die Streiks.
- ° Die Anwendung dieses Gesetzes zu verhindern, indem wir Solidaritätsaktionen vervielfachen und zivilen Ungehorsam leisten.
- ° Am Sonntag, den 14. Januar im ganzen Land massiv zu demonstrieren, um die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen und eine Migrationspolitik der Aufnahme und Solidarität zu verteidigen.»

Die 400 Kollektive, Vereine, Gewerkschaften und politische Parteien für den Marsch der Solidarität

1. Schlafhändler sind Vermieter, die die Notlage von sehr schwachen Bevölkerungsgruppen bis zum Äußersten ausnutzen.(Anm. d. Red.)

2. Die «double peine» bedeutet, dass ein Ausländer/eine Ausländerin bei einem, wenn auch noch so kleinen Delikt, zusätzlich zu einer gerichtlichen Strafe in Form von Gefängnis oder einer Geldstrafe, nach Ablauf seiner Haftstrafe vorübergehend oder dauerhaft aus dem französischen Hoheitsgebiet ausgeschlossen werden soll.

#### FECL und AIM

Zwei Archive, zweimal Basis unserer Arbeit, zweimal für Sie frei zugänglich! Seit einiger Zeit können Nutzer·innen unserer Webseite [forumcivique.org](http://forumcivique.org) auf zwei Archive zugreifen.

Es handelt sich um das vom EBF seinerzeit unterstützte Alternative Informationsnetzwerk für den Balkan und Südosteuropa AIM – Alternativna Informativna Mreža<sup>1</sup>, 1992-2004, sowie die von Nicholas Busch, Mitbegründer des EBF, editierte Monatsschrift «Fortress Europe? – Circular Letter» – FECL, 1992-1998<sup>2</sup>. Das AIM-Archiv umfasst gut 26.000 Artikel in den Sprachen Bosnisch-Serbisch-Kroatisch, Albanisch, Englisch und Slowenisch. AIM war während und nach den Kriegen in Jugoslawien und den Nachfolgestaaten eine unvergleichliche Nachrichtenquelle. Bis zu 120 hauptamtliche Journalist·innen sorgten mit ihrer unabhängigen Hintergrundberichterstattung für das Überleben der vierten Gewalt unter

widrigsten Umständen. Ihr gemeinsamer Ansatz war anti-nationalistisch bestimmt und prägte die Arbeit von AIM über sein aktives Ende hinaus, was auch heute als Arbeitsgrundlage unter vergleichbaren Umständen grundlegend ist. Internationale Vernetzung und Innovation machten den Austausch von Informationen über ein anfangs in Paris stationiertes Mailbox-System möglich, als Telefon oder Fax zwischen Banja Luka und Sarajevo nicht funktionierten. Mitte der 1990er wurde mit dem Pearl-basierten FirstEngine auf der Webseite [aimpress.org](http://aimpress.org) eines der ersten automatischen Content-Management-Systeme eingesetzt.

AIM betrieb auch mehrere Ausbildungsprogramme für junge Journalist·innen und sorgte auf verschiedenen Ebenen für Vertrauensbildung in Kriegszeiten sowie danach. Die überredaktionellen Treffen fanden zumeist auf dem Hof der Europäischen Kooperative Longo mai im österreichischen Bad Eisenkappel statt.

Wesentlich kleiner, aber um nichts unbedeutender, ist das Archiv von FECL. Nicholas Busch baute parallel zur Etablierung des Schengenraums Anfang der 1990er Jahre ein Netzwerk von Journalist·innen, Jurist·innen, Politiker·innen und Aktivist·innen auf. Mittels der gedruckt erscheinenden Monatschrift wurden Entwicklungen wie das Schengen-Informationen-System, der Asylrechtsabbau und anderes mehr analysiert, bekannt gemacht und bisweilen auch erstmals denunziert. Nicholas Busch arbeitete später als Berater der Vänsterpartiet im schwedischen Reichstag und publizierte kritisch zu Themen der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Die Bereitstellung beider Archive ist dem EBF Herzenssache. Die inzwischen historischen Einblicke mögen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, von Nutzen sein und vielleicht auch Wissensgewinn bei ihrer politischen Bildung bieten!

Jochen Cotaru

1. abrufbar unter: [aimpress.forumcivique.org](http://aimpress.forumcivique.org)

2. abrufbar unter: [fecl.forumcivique.org](http://fecl.forumcivique.org)

Buchtip: Nicholas Busch: Baustelle Festung Europa. Beobachtungen, Analysen, Reflexionen. Drava Verlag, Klagenfurt 2006. ISBN 9783854354857. Kartoniert, 214 Seiten, 19,50 EU